



Haushaltsrede am 7.5.2026

Liebe Wildbergerinnen und Wildberger,
liebe Stadtverwaltung, liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

einen Haushalt unter den aktuellen Bedingungen aufzustellen, ist alles andere als trivial. Die Spielräume werden kleiner, die Anforderungen größer und die Zielkonflikte sichtbarer.

Genau diese schwierigen Rahmenbedingungen machen deutlich: Wir haben es nicht mit einer kurzfristigen Herausforderung zu tun, sondern mit einer strukturellen Entwicklung, die uns schon länger begleitet. Seitdem ich im Gemeinderat bin, hat es noch keinen „normalen“ Haushalt gegeben, seit 2019 gab es immer Ausnahmezustände, immer irgendwo Krisen weltweit, die uns sehr stark treffen.

Wir erleben aktuell, wie sich viele Ebenen überlagern: globale Krisen, eine angespannte gesamtwirtschaftliche Lage, der demographische Wandel und strukturelle Aufgaben, die zunehmend auf die Kommunen verlagert werden. All das ist real. Es entbindet uns aber nicht davon, hier bei uns vor Ort klare Entscheidungen zu treffen und anzuerkennen, dass dieser Zustand das neue „Normal“ ist.

Vorhin sprach ich von vielen Krisen, die uns und unser Zusammenleben vor Herausforderungen stellen. Diese Zustände haben wir uns nicht gewünscht, sie lassen uns aber nicht mehr in Ruhe. Sie als Krise zu bezeichnen, kommt einer Verharmlosung gleich und diese Verharmlosung hat zudem die schlechte Eigenschaft, uns von den notwendigen Maßnahmen und Lernprozessen fernzuhalten, die im Hinblick auf die Herausforderungen, die hier sichtbar werden, eigentlich nötig wären. Wir sollten sie als neue Normalitäten akzeptieren und davon abkommen, sie zu verharmlosen und quasi abzuwarten bis sie vorüber sind. Wir tun uns und unseren nachfolgenden Generationen keinen Gefallen, wenn wir nur das wiederholen, was die Generationen vor uns getan haben. Das führt unter den veränderten Gegebenheiten nicht mehr zum Ziel, das wäre ChatGPT anwenden, wenn man etwas neues erfinden will.

Das „Weiter so!“ der letzten Jahre hat zu einer Entwicklung geführt, die uns Sorgen bereitet. Erträgen von fast 31 Millionen stehen Aufwendungen in Höhe von 36 Millionen gegenüber. Das bedeutet ein Minus von fast fünf Millionen. In den Jahren davor waren wir noch bei 3 bis 4 Millionen. Tendenz steigend, mit drohenden Kürzungen des Eigenkapitals und verstärkten Vorgaben durch die Gemeindeprüfanstalt.

Kreisumlage und Personalkosten steigen ohne unser Zutun und ohne unseren Einfluss. Lediglich 10 % der Ausgaben können wir selbst steuern. Wir würden gerne die Vorgaben von Bund und Land erfüllen, wenn uns dafür genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Konnexitätsprinzip wird nicht erfüllt, auch wenn es jetzt die Mittel aus dem Sonderprogramm LuKIF gibt, die wir zeitnah für verschiedene Projekte einsetzen wollen, aber eigentlich müssen.



Haushaltsrede am 7.5.2026

Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen finden sich durchaus in unserem Plan. Aber wie oft sich noch ein Posten globale Minderaufwand durchführen lässt? Oder auf welchen Termin werden gewisse Maßnahmen verschoben werden können?

Ein schönes Schlagwort im Zusammenhang mit Haushalt und Schulden ist die Generationengerechtigkeit. Diese wird zum einen gleichgesetzt mit Schulden vermeiden oder abbauen. Gleichzeitig sind aber auch „unterlassene Maßnahmen die Schulden der Kinder“, wie es in der Schlussbemerkung im Vorbericht zum Haushaltsplan heißt. Das heißt: Wir brauchen nicht nur ein einigermaßen ausgeglichenes Finanzkonto, sondern auch eine Infrastruktur, die nachhaltig gestaltet ist und dem Klimawandel standhält, sowie gute Bildung!

Auf Ertragsseite gibt es Möglichkeiten, die wir noch nicht ausgeschöpft haben. Wir ziehen Einnahmen aus Windenergie oder der Bereitstellung von Ladeinfrastruktur der Erhöhung von Steuern vor. Klar und deutlich sei gesagt, dass wir der Senkung der Grundsteuer A mit Zähneknirschen zustimmen. Dadurch senken wir unsere Erträge um gut 23000 Euro, aber mindern hoffentlich die Belastung für die betroffenen Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen. Ein im Vergleich zur Gesamtsumme kleiner Betrag, aber wie heißt es so schön? Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Wünsche einzelner Gruppierungen Einfluss nehmen auf den Haushalt, aber nicht alle Wünsche erfüllt werden können und es dann zu Enttäuschungen kommt. Dies ist ein Spagat, der viel Elastizität und Resilienz erfordert. Die zentrale Frage dieses Haushalts lautet deshalb: Wo entfaltet das eingesetzte Geld seine Wirkung am besten – nicht nur heute, sondern auch morgen noch?

Den größten Konflikt sehen wir hier beim Klimaschutz und bei der Klimawandelanpassung. Unsere Anstrengungen auf diesem Feld sind kein Zusatzprogramm. Sie sind der Kern kommunaler Daseinsvorsorge!

Noch können wir durch zugegebenermaßen hohe Investitionen Einfluss auf den Umfang des Klimawandels nehmen, was in späteren Jahren erst durch umso höhere Ausgaben möglich sein wird. Wenn wir heute nicht investieren, zahlen wir morgen den Preis.

Und es geht dabei nicht um Symbolpolitik oder gar ideologische Verwirrungen, wie manch einer jetzt meinen mag. Nein, es geht um Versorgungssicherheit, um Kostenstabilität, um die Reduzierung von Klimarisiken und um regionale Wertschöpfung.

Gerade in angespannten Haushaltszeiten wäre es fahrlässig, diese Themen hintenanzustellen. Denn wir merken schon heute, welche enormen Summen wir aufwenden müssen, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Klimafolgen wie Starkregen, Hochwasser, Trinkwasserknappheit, Hitze und dergleichen zu schützen.

Mit der Erzeugung von Energie in den PV-Anlagen und künftig auch in Windkraftanlagen



Haushaltsrede am 7.5.2026

leisten wir einen wichtigen Beitrag zu regionalen Energieerzeugung und Energieunabhängigkeit. Gerade die PV-Anlagen auf den Dächern unserer Neubauten und sanierten Gebäude bringen großen wirtschaftlichen Nutzen in der Region. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir dabei nicht in alte Muster zurückfallen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn wir Photovoltaikanlagen ohne Speicher und smarterer Steuerung bauen, verschenken wir Autarkie, Netzstabilität und Versorgungssicherheit.

Bei der kommunalen Wärmeplanung sind die Projekte der Nahwärmezentralen in Effringen und vor allem die im Feuerwehrhaus in Gültlingen, bei der Erdwärme für vier kommunale Gebäude genutzt wird, Meilensteine für unsere Wärmezeugung. Die Betriebskosten und der CO₂-Ausstoß werden deutlich verringert und wir haben deutlich höhere Kostensicherheit.

Spätestens jetzt muss jedem klar werden, welches Damoklesschwert die fortgesetzte Verschwendung von fossilen Rohstoffen für unseren Geldbeutel ist. Die Konsequenz kann nur sein: energetische Sanierung jetzt vorantreiben – mit modernen erneuerbaren Heizsystemen, smarterer Steuerung und Dämmung.

Mit den Sanierungsgebieten in Gültlingen und der Kernstadt Wildberg haben wir nicht nur für uns selbst, sondern auch für Hauseigentümer gute Möglichkeiten der energetischen Sanierung geschaffen. Hier und nicht in der Aufhübschung der Gebäude sehen wir den Hauptvorteil der Sanierung.

Jeder Euro, den wir hier investieren, senkt dauerhaft laufende Kosten. Das ist keine ideologische Klimapolitik und kein Öko-Luxus, sondern solide Haushaltsführung – Verantwortung, die wir Grünen seit Jahren einfordern und umsetzen.

Neue Fördermittel stehen uns seit April im neuen Förderprogramm des Bundes „Klimakommune Deutschland“ zur Verfügung. Diese sollten wir nutzen.

Wir können hier noch weiterdenken: Die Logik des neuen kommunale Haushaltsrechts will mehr Transparenz durch Zuordnung der Kosten zu den Produkten. Wir wollen die Idee der Gründung eines Eigenbetriebs Energie anregen, damit diese Logik fortgesetzt werden kann. Unter anderem bringt ein Eigenbetrieb folgende Vorteile: Er kann schneller auf Marktveränderungen, neue Technologien oder Kundenanforderungen reagieren als eine an das Haushaltsrecht gebundene Verwaltung und ist unabhängig vom Haushalt der Stadt, Vorteile von Investitionen können direkt abgebildet und nachvollzogen werden. Fragen wie „Rechnet sich das überhaupt?“, die gerade bei den Erneuerbaren gestellt werden, können transparent beantwortet werden.

Vielleicht klappt's dann auch mit den Ladesäulen im ganzen Stadtgebiet.

Die Frage nach echter Bürgerbeteiligung sollten weiterhin verfolgen.

Eine zweite Möglichkeit sehen wir in Form von der Schaffung von echter Bürgerbeteiligung an Windkraftanlagen, PV Anlagen auf Dächern oder auf Freiflächen. Wenn wir nicht alles selbst finanzieren können, müssen wir nicht angewiesen sein auf Banken oder Fremdfirmen,



Haushaltsrede am 7.5.2026

sondern können z. B. eine Bürgerenergiegenossenschaft ins Boot holen.

Investitionen in die Zukunft sind unserer Meinung nach die baulichen Investitionen in die Infrastruktur:

Beim Thema Flächenverbrauch gilt es die Balance zu wahren. Innenentwicklung vor Erschließung neuer Wohngebiete bedeutet aber auch weniger Einnahmen durch Flächenverkauf. Das ist uns bewusst, aber wir brauchen einnahmepolitisch ein Umdenken – auch auf höheren Verwaltungsebenen. Flächenverbrauch sollte keine Möglichkeit sein zur Einnahmengenerierung. Die Einführung der Grundsteuer C sollte vorangetrieben werden.

Das neue Feuerwehrhaus für Sulz und die Sanierung und Erweiterung des Feuerwehrhauses in Gültlingen sind Vorsorge für die Bevölkerung – bis hin zum Katastrophenfall. Für die Sicherstellung der hohen Qualität der Wasserversorgung bauen wir unser Netz mit neuem Pumpwerk und Querverbindungen für zukünftige Bedarf aus. Bei der Abwasserentsorgung werden Investitionen vor allem in der Kläranlage vorgenommen, die die Sicherheit im Betrieb und des gereinigten Abwassers sicherstellen werden.

Ein Vorzeigeprojekt ist der Neubau des Kindergartengebäudes in Effringen. Die Einrichtung der neuen Kindergartengruppe in Sulz a. Eck hätten wir aufgrund der Gesamtzahl der Plätze im Stadtgebiet vermeiden können. Es ist gut, dass die Kinder wohnortnah in den Kindergarten gehen können, aber es kostet die Allgemeinheit viel Geld und muss finanziert werden. Dies ist hoffentlich allen Beteiligten klar, so ehrlich muss man sein, das ist die Solidargemeinschaft.

Unsere Kinder und Jugendlichen haben einen festgelegten Anspruch auf Bildung und Betreuung. Wir finden es erfreulich, dass wir die Betreuungszeiten unverändert lassen können. Das bedeutet Planungssicherheit – für Familien, für Träger und für den städtischen Haushalt. Jugendtreff, Musikschule und Volkshochschule sind wichtige Säulen unserer Gemeinschaft, wie auch die vielen Vereine! Wir danken ausdrücklich allen Ehrenamtlich tätigen, die nicht nur für sich, sondern vor allem für die Gesellschaft wichtiges leisten!

Ein gutes Beispiel ist die Initiative für die Sanierung des Backhauses in Gültlingen. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement unterstützen, solange noch Gelder für das Sanierungsgebiet zur Verfügung stehen.

Ihr Beitrag zum Gemeinwohl ist so wichtig. Dieses Engagement fragt nicht: Was tut die Gesellschaft für mich, sondern was kann ich für die Gesellschaft tun. Gleichzeitig herrschen so viel Unsicherheit und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Der Ruf nach einem starken Staat, Verlässlichkeit und Sicherheit ist laut. Wir müssen alles dafür tun, den Ursachen der Unsicherheit entgegenzutreten: Das sind zum einen der Klimawandel und zum anderen das Ohnmachtsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.



Haushaltsrede am 7.5.2026

Dabei brauchen wir die Demokratie, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen und wir müssen die Klimakrise eindämmen, um die Demokratie und damit unsere Freiheit zu retten. Für beides brauchen wir viele neue gute Ideen und einen starken Zusammenhalt! Ein „Weiter so!“ klingt vertraut, bringt uns aber nicht zum Ziel! Legen wir den Grundstein für eine gute Bildung ein Leben lang und haben wir Mut, das Gelernte umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will zum Schluss kommen.

Wir sehen viele richtige Einzelmaßnahmen, sehen viel guten Willen, vermissen bei manchen Punkten die nötige Konsequenz und das Über-den-Tellerrand-Hinausdenken. Denn daran entscheidet sich die zentrale Frage:

Wie kommen wir am besten mit den veränderten Rahmenbedingungen zurecht? Was sichert die Zukunft von Wildberg – ökologisch, sozial und strukturell? Haben wir Mut!

Abschließend möchte ich mich im Namen der Fraktion bedanken.

„Danke!“ an Herrn Bauer für den letzten Haushaltplan bei uns - und sein Team in der Kämmerei - stellvertretend für die gesamte Verwaltung – „Danke!“ für die Aufstellung dieses Haushalts unter schwierigen Rahmenbedingungen. Und „Danke!“ an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die diesen Haushalt am Ende eines jeden Tages mit Leben gefüllt haben.

Und „Danke!“ an alle Stadträtinnen und Stadträte, die konstruktiv und fair mit uns gestritten haben zum Wohle Wildbergs.

Wir werden der Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen 2026 für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserentsorgung“ zustimmen.

Vielen Dank!

Für die Fraktion
Regina Schroeder